



ENERGIEWENDE FÜR HESSEN

Erneuerbare Energien wurden in den letzten zwölf Jahren in Hessen stiefmütterlich behandelt. Während andere Bundesländer die Energiewende einleiteten, setzte die schwarz-gelbe Landesregierung allein auf das Atomkraftwerk in Biblis. Das ist jetzt endlich abgeschaltet. Durch die Blockade der Energiewende durch Schwarz-Gelb ist Hessen jetzt zu dem Bundesland geworden, das den größten Anteil des Stromverbrauchs aus anderen Bundesländern importieren muss. Aus seiner Ratlosigkeit versuchte Ministerpräsident Bouffier eine Tugend zu machen und berief einen Energiegipfel ein, dem Regierung, Opposition, Kommunen, Umweltverbände, Energieversorger, Wirtschaft und Gewerkschaften



Energiewende jetzt konsequent umsetzen!

angehörten. In vier Arbeitsgruppen und dem Gipfel selbst ergaben sich folgende Vorschläge:

WINDKRAFT

Die Energiewende ist ohne einen deutlichen Ausbau der Windkraft nicht zu schaffen. Die Windkraft ist die leistungsfähigste und, wenn sie im Binnenland

und nicht ‚offshore‘ installiert wird, auch die kostengünstigste der erneuerbaren Energien. Wir begrüßen daher die im Bericht des Energiegipfels genannten zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche für die Windkraft. Jetzt erwarten wir, dass dieses Ziel so schnell wie möglich im Landesentwicklungsplan des Landes verankert wird und dann auf Ebene der

Regionalversammlungen bzw. im Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main in die konkrete Umsetzung gehen kann. Auf Worte müssen Taten folgen, nur konsequentes Vorgehen führt jetzt zu einer echten Energiewende.

Fortsetzung S. 2

FLUGHAFENAUSBAU RUINIERT DIE LEBENSQUALITÄT

Für ein dauerhaftes Nachtflugverbot und besseren Lärmschutz

Die neue Landebahn Nordwest ist seit dem 21. Oktober grausame Realität. Was die Luftfahrtbranche geradezu verzückt, treibt gleichzeitig tausende Menschen in Offenbach und im Frankfurter Süden ebenso wie in Hochheim, Flörsheim und anderswo in die schiere Verzweiflung; nimmt diese neuerliche Erweiterung des Flughafens uns allen doch ein Stück unserer Heimat einfach weg. Ärger, Empörung und Wut werden deshalb zu Recht lautstark geäußert,

Proteste und demonstrative Aktionen zeigen die Entschlossenheit der Menschen, sich gegen diesen Angriff auf ihre Lebensqualität wehren zu wollen.

ÄRGER IST VERSTÄNDLICH

Wir GRÜNE haben uns von Anfang an gegen den Flughafenausbau engagiert und mit politischen Mitteln gegen diesen Irrsinn gekämpft; auch wenn unser Bemühen aktuell erst einmal vergebens erscheint, werden wir unser Engagement weiter verstärken, denn wir können den Ärger sehr gut verstehen. Die Forderungen der kritischen Bürgerinnen und Bürger sind in vielen wesentlichen inhaltlichen Punkten auch die unseren. Die Fluglärmbelastung im Rhein-Main Gebiet ist im Laufe der Zeit immer größer geworden. Sie hatte bereits seit dem

10. März 2011 eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Seit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn am 21. Oktober erleben wir jetzt aber eine weitere von vielen nicht für möglich gehaltene Steigerung der Belastungen.

KEINE VORLÄUFIGE NACHTRUHE

Aktuell ist es dabei nur ein schwacher Trost, dass zumindest auf absehbare Zeit durch den Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 10. Oktober in der Mediationsnacht (23.00 bis 5.00 Uhr) nunmehr ein Flugverbot herrscht. Diese Ruhepause ist nämlich an sich schon zu kurz; durch Ausnahmeregelungen für Verspätungen werden es faktisch wohl nur knapp fünf Stunden Zeit zum Schlafen ohne Fluglärm sein.

Fortsetzung S. 3

AUS DEM INHALT

Waldsterben	S. 2
Verbraucherschutz	S. 4
ZukunftsEnergie 2030	S. 5
Bildungspolitik	S. 6
Schwarzer Filz	S. 6
Neonazi-Terror	S. 8



Fortsetzung von S. 1

GEMEINDEORDNUNG

Die Energiewende wird ohne Beteiligung der Kommunen nicht möglich sein, da die großen Energiekonzerne kein Interesse an ihr haben. Deshalb brauchen wir in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) eine Möglichkeit zu einer wirtschaftlichen



Tarek Al-Wazir

Betätigung der Kommunen in diesem Bereich. Angesichts der jetzigen Strukturen im Energiebereich führt das übrigens zu mehr und nicht etwa weniger Wettbewerb. Und diese Änderung der HGO darf nicht dazu führen, dass Kommunen, die sich bereits jetzt wirtschaftlich betätigen oder solche, die es gerade anfangen wollen, schlechter gestellt werden als zuvor. Die Akzeptanz für ein Windrad steigt dann, wenn der Ertrag nicht in die Kassen von Großkonzernen gespült wird, sondern der Gemeinde und den Bürgerinnen und Bürgern erhalten bleibt.

Nachdem wir uns auf dem Energiegipfel

mit den Vertretern der Regierung auf einen Kompromiss geeinigt hatten, der die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gemeinden der Energiewirtschaft verbessert hätte, stellt sich jetzt insbesondere die FDP quer und behindert die nötigen Änderungen. An diesem Punkt müssen und werden wir weiter dranbleiben und uns gegen die Neoliberalen stellen, die ohne jede Sachkenntnis ideologischen Unsinn zum Schutz der Großkonzerne vertreten.

FOSSILE KAPAZITÄTEN

Der Neubau von Kohlekraftwerken ist nach unserer festen Überzeugung energiepolitisch unsinnig, wirtschaftlich nicht darstellbar und klimapolitisch nicht zu verantworten. In einer Energielandschaft, in der die erneuerbaren Energien einen immer größeren Anteil an der Stromerzeugung liefern werden, ist die Investition in ein neues Kohlekraftwerk angesichts immer geringer werdender Zeiten, in denen dieses überhaupt Strom produzieren kann, betriebswirtschaftlich falsch. Moderne Gaskraftwerke sind nicht nur wegen der geringeren Investitionskosten, sondern auch technisch viel

geeigneter Lösungen, um in der Übergangsphase des Ausbaus der erneuerbaren Energien und des Ausbaus von Speichermöglichkeiten für die nötige Regelenergie und die nötige gesicherte Leistung zu sorgen. Im Abschlussbericht des Energiegipfels werden Kohlekraftwerke jetzt als „Brücke“ bezeichnet – das bedeutet für uns, dass bestehende Kraftwerke als „Brücke“ weiter genutzt werden, das andere Ufer aber im Laufschritt erreicht werden soll. Neubauten von Kohlekraftwerken lehnen wir ab – sie sind schlicht nicht nötig.

Die Energiewende ist eine Mammutaufgabe, in der aber unglaubliche Chancen liegen. Die letzten Jahre waren verlorene Jahre in der hessischen Energiepolitik. Wenn wir diese Versäumnisse aufholen wollen, dürfen wir jetzt keine Zeit verlieren. Eines haben die Erfahrungen im Energiegipfel aber gezeigt: Wir würden es schneller und besser hinbekommen!

Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen und Kontakt:

<http://gruenlink.de/2g2>

WALDSTERBEN - WEG VON SYMPTOMBEKÄMPFUNG

Den hessischen Wäldern geht es schlecht. Das ist die bittere Erkenntnis des diesjährigen Waldschadensberichts. Und es ist ein Beleg für die Konzeptlosigkeit der Landesregierung in der Forstpolitik. Der Waldschadensbericht zeigt, dass die hessischen Wälder nach wie vor stark geschädigt sind und in Teilen des Landes ein neues Waldsterben droht. Hauptprobleme sind niedrige Grundwasserspiegel und hohe Emissionsbelastungen.

Vor allem im Hessischen Ried ist die Lage dramatisch. In dieser Region droht ein großflächiges Waldsterben, vor allem da der Grundwasserspiegel zu weit abgesunken ist. Klimaveränderung, hohe Schadstoffbelastung und hoher Schädlingsdruck tun ihr Übriges. Wenn

jetzt nicht die richtigen Maßnahmen getroffen werden, wird hier der Wald auf tausenden Hektar absterben.

Es ist das gleiche Spiel jedes Jahr: Der Waldschadensbericht wird vorgestellt, was aber fehlt, ist die Vorstellung wirksamer Maßnahmen gegen diese drohende ökologische Katastrophe. Die



Dennis Schmitt / pixelio.de

Die Idylle der hessischen Wälder ist in Gefahr

von Ministerin Puttrich erwähnten Pflanzungen sind wirkungslos, solange die Ursachen für das Waldsterben nicht angegangen werden.

Der Landesregierung fehlt in der Forstpolitik noch immer ein Gesamtkonzept zur Förderung der Gesundheit unserer Wälder. Die eigentlichen Ursachen für den kritischen Zustand insbesondere in Ballungsgebieten werden unter den Teppich gekehrt. Die Sanierung unserer Wälder muss weg von der Symptombekämpfung und in einem größeren Kontext gesehen werden. So setzt Schwarz-Gelb beispielsweise in der Verkehrspolitik weiter auf Individualverkehr und versäumt es, Maßnahmen zur Verminderung des Schadstoffeintrages zu ergreifen. Diese Politik schlägt sich jetzt im Zustand der Wälder nieder.

Weitere Informationen und Kontakt:

<http://gruenlink.de/2g3>



Fortsetzung von S. 1

Obwohl viele Menschen schon darüber froh sind, kann das ganz gewiss noch lange nicht das Ende der Lärminderung gewesen sein, die wir zum Erhalt der Lebensqualität dringend brauchen. Hinzu kommt, dass eine endgültige Regelung für die Nachtruhe ja auch noch aussteht und erst noch gegen das Bündnis von Landesregierung und Lufthansa erstritten werden muss. Obwohl jahrelang von den Ausbaubefürwortern wie CDU und FDP das Nachtflugverbot immer wieder versprochen wurde, kämpft jetzt ihre eigene Regierung vor dem Bundesverwaltungsgericht darum, das eigene Versprechen nicht einhalten zu müssen. Wie glaubwürdig es ist, wenn man das Nachtflugverbot vor Gericht zu Fall bringen will und zeitgleich öffentlich mehr

Schutz vor Fluglärm verspricht, mag jede/r selbst beurteilen; Aktivitäten wie die von Verkehrsminister Posch (FDP) jetzt ins Leben gerufene „Taskforce gegen den Fluglärm“ erweisen sich damit eindeutig als wirkungslose Alibiveranstaltungen, die obendrein noch viel zu spät kommen.

SCHEINAKTIVITÄTEN

Ganz besonders zugunsten derjenigen Menschen, die durch die neue Landebahn direkt unter die Endanflugroute geraten sind, sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir sehen etliche Möglichkeiten der Exekutive, besseren Lärmschutz wirksam durchzusetzen: Veränderungen in den Start- und Landeverfahren wie z. B. das CDA-Verfahren sowie eine deutliche Erhöhung der Landegebühren für Krachmacher sind Vorschläge, die der Umsetzung harren aber bislang durch Widerstände aus der Luftverkehrswirtschaft blockiert wer-

den. Jedenfalls konnten wir weder seitens des Flughafens noch der Landesregierung bislang Taten zu wirkungsvoller Fluglärminderung registrieren, sondern lediglich Ankündigungen vernehmen vor allem über die Gründung etlicher neuer Expertenrunden, die sich irgendwann treffen werden.

FALSCHES ENTSCHEIDUNGEN VON CDU, SPD UND FDP AUF LANDESEBENE

Wunder an Lärminderung kann man allerdings nicht erwarten, je näher man der neuen Landebahn kommt, wo Varianten der Routen- und Höhenführung kaum mehr möglich sind. Letztlich ist nämlich die neuerliche Verlärmung im Maintaunus-Kreis und im Frankfurter Süden eine direkte Folge der falschen Entscheidung für die neue Nordwest - Landebahn, die seinerzeit unisono von CDU, FDP und SPD auf Landesebene getroffen wurde. Wenn jetzt endlich auch bei CDU, SPD und FDP die Folgen dieser Fehlentscheidung immer-

hin erkannt werden, also diejenigen Parteien jetzt nach Abhilfe gegen den Lärmterror rufen, die die Lärmsteigerung durch den Ausbau letztlich selbst verursacht haben, begrüßen wir diesen Meinungswandel sehr, zweifeln aber am realen Umsetzungswillen.

Gemeinsam müssen wir allen Entscheidungsträgern klar machen, dass wir die Situation wie sie sich derzeit darstellt nicht akzeptieren wollen. Denn was derzeit an Fluglärm in Sachsenhausen und Niederrad wahrgenommen wird, entspricht der Lärmbelastung, die bezogen auf die Südbahn schon lange aus dem Bereich westlich des Bahnhofs Neulsenburg bekannt ist – mit dem entscheidenden Unterschied, dass dort im Wald

kein Mensch wohnt. Für die Betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist das unerträglich.



FLUGSICHERUNG

Die gegenwärtige Fluglärmbelastung hat ihre Ursache auch darin, dass die Flugsicherung (DFS) den Lärmschutz der Bevölkerung nur nachrangig zu berücksichtigen hat. Wir GRÜNE wollen dass dies rasch anders wird und für die Flugsicherung ein Gebot der konkreten Minimierung des Fluglärms gilt. Wir fordern deshalb den Lärmschutz als Arbeitsvorgabe gleichrangig mit der Sicherheit des Flugverkehrs vor allen anderen möglicherweise konkurrierenden Interessen gesetzlich zu definieren. Dann wäre endlich eine Optimierung des Flugverkehrs unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes rechtlich zwingend und könnte auch gerichtlich kontrolliert werden. Auch wollen wir GRÜNE gesetzlich regeln, dass wesentliche Änderungen der Flugrouten, von denen tausende Menschen betroffen sind, nicht länger im Verborgenen, sondern nur nach breiter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgenommen werden dürfen. Nach den Erfahrungen dieses Jahres hat sich eine öffentliche Kontrolle der DFS als dringend nötig erwiesen.

ENGAGEMENT IST NÖTIG

Wir GRÜNE werden es nicht allein schaffen – selbst wenn wir noch mehr Zustimmung bei Wahlen erfahren. Bürgerinnen und Bürger können – ja sollten – sich direkt in örtlichen Bürgerinitiativen engagieren, dort mitmachen und dafür eintreten, dass beim Schutz vor Fluglärm den Belangen der Menschen klar Vorrang vor den Interessen der Luftverkehrswirtschaft eingeräumt wird. Nur gemeinsam wird uns dies gelingen!

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fr>



GRÜNE VERBRAUCHERSCHUTZPOLITIK

Hessen braucht dringend einen modernen Verbraucherschutz. Bisher beschränkt sich die Verbraucherpolitik vor allem auf traditionelle Bereiche wie Lebensmittelsicherheit oder schadstofffreies Spielzeug. Diese Bereiche sind zweifelsfrei wichtig, reichen aber nicht mehr aus. Moderner Verbraucherschutz hat Antworten auf die wachsende Produktvielfalt, liberalisierte Märkte und das digitale Zeitalter – und vergisst dabei die traditionellen Bereiche nicht. Wir GRÜNE haben ein Konzept vorgestellt, wie der Verbraucherschutz in Hessen modernisiert werden kann.

KONKRET WERDEN

Beispiel Finanzmarkt: Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, wie wichtig transparente Finanzprodukte und eine funktionierende Finanzkontrolle für unser Wirtschafts- und Finanzsystem sind. Wir fordern internationale geltende Standards für Börsengeschäfte und eine stärkere Verankerung von Verbraucherschutz bei Banken und Finanzdienstleistern. In kommunaler und landespolitischer Verantwortung wollen wir die vorhandenen Möglichkeiten in den Verwaltungsräten der Sparkassen nutzen. Sparkassen sollen provisionsunabhängige Beratung anbieten und Zinssenkungen in angemessenem Maße an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben.

RFID-TECHNOLOGIE

Beispiel Radiofrequenz Identifikation (RFID-Technologie): Diese neue Informationstechnologie bringt sowohl Chancen für die schnelle Kommunikation als auch Risiken für die Persönlichkeitsrechte. Wir fordern, dass im Sinne eines verbraucherfreundlichen Einsatzes ein Datenschutzkonzept vorgelegt und die Einhaltung durch den Landesdatenschutz kontrolliert werden muss. Beim

Einsatz von RFID im Einzelhandel muss es eine verbindliche Kennzeichnung, Information und Deaktivierungsmöglichkeiten der Chips geben.



Die Macht der Verbraucher ist nicht zu unterschätzen

Thorben Wengert / pixelio.de

BORDERLINE-PRODUKTE

Beispiel Borderline-Produkte: Seit einigen Jahren kommen immer stärker so genannte Borderline-Produkte, also Grenzprodukte zwischen Nahrungsmitteln, Kosmetika und Arzneimitteln, auf den Markt. Gerade so genannte Gesundheitsprodukte wie Schlankheits- und Anti-Aging-Mittel müssen stärker kontrolliert werden. Da diese in den Graubereich des Internets abwandern, brauchen wir gerade im Internet eine effiziente Kontrolle durch den behördlichen Verbraucherschutz und die Gesundheitsbehörden. Außerdem muss es auch bei diesen Produkten eine Deklarationspflicht von Risiken und Nebenwirkungen geben.

LEBENSMITTEL

Beispiel Lebensmittel: Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben nach unserer Auffassung gezeigt, dass das derzeitige Qualitätsmanagement der Landesregierung nicht ausreicht, um wirksam vor Gammelfleisch oder Dioxin im Essen zu schützen. Die Kommunalisierung des behördlichen Verbraucherschutzes führte zu großen regionalen Unterschieden in der Ausstattung und Qualität. Nur ein Bruchteil der Betriebe

wird kontrolliert und die Zahl der Kontrollen sinkt seit Jahren. Deshalb braucht Hessen eine finanzielle und personelle Stärkung der amtlichen Lebensmittelkontrolle.

KOMPETENZ STÄRKEN

Diese Beispiele zeigen: Wir müssen die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher so stärken, dass sie ihr Leben genussvoll, selbstbewusst und selbstbestimmt gestalten können. Verbraucherschutz soll zu einem selbstverständlichen Bürgerrecht werden. Gleichzeitig müssen sich Verbraucherinnen und Verbrauchern auch ihrer eigenen

Verantwortung bewusst werden.

Bei der Beschaffung von Informationen gibt es keine Chancengleichheit. Ob bei der Suche nach der richtigen Versicherung oder dem Studieren der Inhaltsstoffe bei Nahrungsmitteln: Vieles erreicht nur einen geringen Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher. Deshalb muss die professionelle Verbraucherberatung stärker vor Ort aktiv werden; in Kindertagesstätten, Schulen, Gemeindehäusern, Stadtteilen, Volkshochschulen, Seniorenheimen und Betrieben.

REGIERUNG OHNE STRATEGIE

Bisher zeichnet sich die Verbraucherschutzpolitik in Hessen weitgehend durch die Beschreibung des Status Quo aus, eine umfassende Strategie der Landesregierung fehlt. Auch wenn die Ministerin im kürzlich vorgestellten Zwölf-Punkte-Plan erstmals auch weitere Felder neben dem Lebensmittelbereich nennt, bleibt sie bei den wesentlichen Fragen unkonkret, konzeptionslos und ideenlos. Trotz der steigenden Herausforderungen im Verbraucherschutz gibt es keine finanzielle Stärkung.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/53u>



WÄRMEKONZEPT FÜR HESSEN

Der Atomausstieg ist geschafft, aber zu einer echten Energiewende gehört sehr viel mehr. Bereits im März haben wir GRÜNE ein aktualisiertes Stromkonzept vorgestellt, im November dann einen weiteren Baustein: ein Wärmekonzept für Hessen.

Unser Konzept zeigt: Bis zum Jahr 2030 ist eine Verringerung des Energieverbrauchs zur Wärmeerzeugung um rund 36 Prozent und eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien von 6,4 Prozent auf rund 33 Prozent möglich. In das Konzept einbezogen wurden Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen würden bis 2030 den Wärmeverbrauch in Hessen von rund 88 Terawattstunden auf ca. 57 Terawattstunden verringern. Der Anteil der erneuerbaren Energien würde im selben Zeitraum von 5,7 Terawattstunden auf 18,9 Terawattstunden ansteigen.

Die Umsetzung unserer Vorschläge würde nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern ist für die energetische Modernisierung Hessens genauso wichtig wie als Investitionsprogramm für das hessische Handwerk. Wärmeenergie, die sich von Heizungswärme für Haushalte bis zur Prozesswärme für die Industrie erstreckt, ist für ca. 45 Prozent der CO₂-Emissionen in Hessen verantwortlich. Ein durchschnittlicher Haushalt verbraucht mit 85 Prozent den größten Teil der Energie für Wärme. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig Einsparungen in



Wärmedämmung ist ein wichtiger Faktor

diesem Bereich sind und welches Potential für die Energiewende hier liegt.

WOHNGEBÄUDE

Bei bestehenden Wohnhäusern, die vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1978 gebaut wurden, soll die Sanierungsquote von bisher 1,1 Prozent auf 3 Prozent pro Jahr erhöht werden. Hier beträgt das Einsparpotenzial bis zum Jahr 2030 rund 38 Prozent. Um diesen Prozess anzukurbeln, muss es auch vom Land eine finanzielle Förderung für Sanierungsmaßnahmen geben. Außerdem muss die Beratung auf allen Ebenen dringend verbessert werden, um die aufgrund der hohen Komplexität der Maßnahmen hohen Hürden zu verringern. Neubauten sollten in Zukunft entweder als Passiv- oder Niedrigstenergiehäuser errichtet werden.

GEWERBE, HANDEL, DIENSTLEISTUNGEN UND INDUSTRIE

Im Bereich von Gewerbe, Handel und öffentlichen Einrichtungen gibt es hohe Einsparpotenziale beim Heizen. Durch eine Kombination von Gebäudedämmung und effizienzsteigernder Maßnahmen bei der Heizung und Warmwas-

serbereitung ergibt sich bis 2030 ein Einsparpotenzial von 39 Prozent.

In der Industrie ergeben sich besonders durch den Einbau neuer, energieeffizienterer Produktionsanlagen Einsparpotenziale. Durch Erfassung der Einsparpotenziale, einer betrieblichen Optimierung und Energiemanagementsysteme sind bis zum Jahr 2030 Einsparungen von rund 28 Prozent möglich.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Die Solarenergie kann wie schon bei der Strom- auch zur Wärmeerzeugung genutzt werden. So können Solarkollektoren zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung in Haushalten oder zur Bereitstellung von Prozesswärme für die Industrie dienen. Die Solarthermie kann bis zum Jahr 2030 rund 10 Prozent des Wärmeverbrauchs decken.

Durch eine verbesserte Technik kann die Biomasse mit 18 Prozent den größten Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung bis 2030 aufbringen. Es sollte grundsätzlich auf höchste Effizienz und einen nachhaltigen und naturverträglichen Anbau der Biomasse geachtet werden.

Die Energiewende ist möglich. Das Wärmekonzept ist ein entscheidender Teil, dass diese gelingt. Von der Umsetzung würden alle profitieren: Das Klima, die Bürgerinnen und Bürger, weil ihnen die Energiekosten nicht davonlaufen, das Handwerk würde einen weiteren Aufschwung erleben und die Industrie könnte eine Vorreiterrolle bei effizienter Energienutzung einnehmen, die sehr bald weltweit gefragt sein wird. Um eine nachhaltige Energiewende zu erreichen sind aber auch andere Schritte notwendig: Ein Kurswechsel auch in der Verkehrspolitik. Daher arbeiten wir jetzt an einem Verkehrskonzept für Hessen, das die Konzepte für Wärme und Strom ergänzen soll.

Weitere Informationen und Kontakt:

<http://gruenlink.de/2sx>

KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. DIE GRÜNEN wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für GRÜNE Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

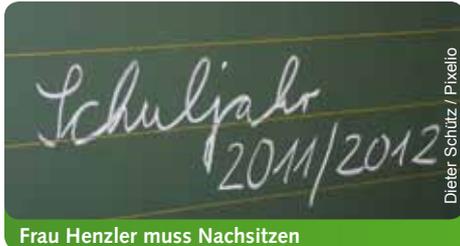
Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's besser!


Tarek Al-Wazir - Fraktionsvorsitzender



FÜNF OPPOSITIONSPARTEIEN GEGEN KULTUSMINISTERIN

Der Austausch des Staatssekretärs war als Befreiungsschlag gedacht, aber die Demontage von Kultusministerin Henzler aus den eigenen Reihen geht munter weiter. Unser Bildungspolitischer Sprecher, Mathias Wagner, sieht es so: „In Bezug auf Kultusministerin Henzler gibt es im Landtag mittlerweile fünf Oppo-



Frau Henzler muss Nachsitzen

sitionsfraktionen. Und es ist wirklich eine Herausforderung gegenüber Herrn Irmer von der CDU die Oppositionsführerschaft zu behalten“. Es gibt aber Unterschiede innerhalb der Oppositionsfraktionen: SPD und GRÜNE wollen, dass sich bildungspolitisch tatsächlich etwas ändert. Die CDU leidet unter der schlechten Umsetzung ihrer Politik. Die FDP hält ihre Ministerin für ungeeignet, kann sich aber nicht auf einen Nachfol-

ger verständigen. Und die LINKE will alles gleichzeitig und noch etwas mehr als die anderen Fraktionen.

VERWALTUNG STATT GESTALTUNG

Die Entscheidung für Herrn Hirschler als Staatssekretär unterstreicht: Es geht unter Frau Henzler im Kultusministerium nicht um die besten pädagogischen Konzepte. Bürokraten und Haushälter haben das Kommando übernommen. Selbst das im Landtag breit getragene Projekt der selbständigen Schulen ist unter Frau Henzler zu einem Verwaltungsakt verkommen.

Es gibt auch im Bildungsbereich keinen Grund, Steuergeld ineffizient auszugeben. Wer aber wie Schwarz-Gelb Bildungspolitik zuerst mit dem Rotstift denkt, muss scheitern. Wir GRÜNE treten bei der Reform der Staatlichen Schulämter beispielsweise für eine weitgehende Kommunalisierung statt der geplanten Zentralisierung ein. Das würde die Arbeit von kommunalen und staatlichen

Schulämtern zusammenführen, und so die Arbeit der Schulen erleichtern. Selbst die ‚Inklusion‘ von Kindern mit Behinderung in der Regelschule macht Schwarz-Gelb zu einem Sparprogramm.

IDEOLOGIE STATT RESPEKT VOR DEM ELTERNWILLEN

Mit dem Festhalten an einem strikt gegliederten Schulwesen ignoriert Schwarz-Gelb den Wunsch vieler Eltern nach Wahlfreiheit über das pädagogische Konzept in der Mittelstufe. Immer mehr Bundesländer – auch unter CDU-Führung – haben erkannt, dass man in der Bildungspolitik die eigene Ideologie nicht mit dem Gesetzblatt durchsetzen sollte, nicht so Schwarz-Gelb in Hessen. Wir stehen für Wahlfreiheit in einem Zwei-Säulen-Schulmodell aus Gymnasien mit G8 auf der einen und einer weiteren leistungsfähigen Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen und G9 auf der anderen Seite.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fw>

SCHWARZER FILZ IN HESSEN

Aufklärung hatten wir gefordert, Schweigen erhalten. Wir wollten wissen, ob Regierungssprecher Michael Bußer (CDU) und Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ihren persönlichen Einfluss geltend gemacht haben, um einem Parteifreund aus Seligenstadt steuerfinanzierte Landesaufträge zukommen zu lassen. Uns liegen Unterlagen vor, die diesen Verdacht auf „schwarzen Filz in der Landesregierung“ aufkommen lassen.

Im Jahr 2008 hat der damalige Bürgermeisterkandidat der Seligenstädter CDU, Dr. Richard Georgi, Aufträge für Digitalfunkprojekte des Landes in Höhe von mehreren hunderttausend Euro erhalten, von denen der Gutachter der Landesregierung selbst bereits im vergangenen Jahr auf Nachfrage der GRÜ-

NEN festgestellt hatte, dass sie vergaberechtswidrig erteilt worden sind. Mit oder ohne dem Wissen Bouffiers und Bußers? Mit oder ohne deren Unterstützung?

WUSSTE BOUFFIER BESCHIED?

Ein Mitarbeiter des Hessischen Innenministeriums sah sich am 14. November 2008 veranlasst, in einer E-Mail direkt gegenüber Herrn Bußer zu rechtfertigen, warum die Auftragsvergabe an Herrn Georgi nicht innerhalb weniger Tage abgeschlossen werden konnte. Im gleichen Schreiben wird angeregt, den bereits gefertigten Vergabevermerk „zur Beschleunigung des Prozesses“ dem damaligen Innenminister Bouffier (CDU) vorzulegen. Bereits in einem Schreiben vom 10. November 2008 hatte es ge-

heißen, die Vorlage sei „auf Weisung von Herrn Minister erstellt und besonders eilbedürftig“. Dann sei die HZD als Vergabestelle mit den Worten „m.d.B. um unmittelbare persönliche Förderung zur Realisierung (noch heute)“ und dem Hinweis „die mündliche Billigung von Herrn Minister zum Abschluss des Vertrages ist gegeben“ praktisch nur noch angewiesen worden, den Vorgang umzusetzen.

Aber auch der vorliegende Schriftverkehr hilft dem Gedächtnis der Landesregierung leider nicht auf die Sprünge. Erinnerungslücken und Ausweichmanöver – die Landesregierung kann den Verdacht auf Verfälschungen nicht annähernd ausräumen.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2ft>



SCHULDENBERG IN HESSEN WIRD ERNEUT HÖHER

Neuverschuldung reduzieren, Zukunftschancen Hessens in den Bereichen Bildung, Umwelt und Soziales wahren sowie staatliche Aufgaben effizienter gestalten – das sind die Schwerpunkte unserer Vorschläge zur Sanierung des Landeshaushaltes. Wir kritisieren Schwarz-Gelb dafür, dass der hessische Schuldenberg trotz großer Ankündigungen von Konsolidierung und Sparsamkeit sowie steigender Steuereinnahmen um 1,5 Milliarden Euro erhöht wird – es ginge auch anders:

Wir GRÜNE schlagen Einsparungen von ca. 312 Millionen Euro, Rücklagenauflösungen von 250 Millionen Euro und Mehreinnahmen von 210 Millionen Euro vor. Nach Abzug der vorgeschlagenen Mehrausgaben von ca. 232 Millionen Euro ergäbe sich eine um 540 Millionen Euro reduzierte Neuverschuldung

im Jahr 2012. Der Abbau staatlicher Ausgaben muss bei den Subventionen beginnen. Wir schlagen vor, zahlreiche Finanzhilfen bis 2020 um durchschnittlich 30 Prozent zu vermindern. Zuschussprogramme sollen durch Förderkredite ersetzt werden. Ein weiterer Vorschlag ist, Regierungspräsidien und Landkreise zu einer Verwaltungsebene, den Regionalkreisen, zusammenzufassen.

ZUKUNFTSCHANCEN WAHREN

Wir wollen zusätzliches Geld für Bildung bereitstellen, um für ausreichende Zukunftsinvestitionen zu sorgen. Unter anderem wollen wir die Kürzung der 1000 Stellen für Lehramtsreferendare vollständig zurücknehmen und allein dafür 18 Millionen Euro einsetzen.

Weitere Investitionen sehen wir für die Umwelt und Soziales vor: Um den

Umbau der Energieversorgung zu beschleunigen, wollen wir zusätzlich 36 Millionen Euro im Landeshaushalt bereitstellen. Insgesamt soll das Budget für Umwelt, Verkehr und Nachhaltigkeit um über 100 Millionen Euro wachsen. Investitionen im Sozialbereich sollen in erster Linie dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu Gute kommen. Nach unserer Überzeugung können Einsparungen und Effizienzsteigerungen nur gemeinsam mit Einnahmeverbesserungen zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 führen. Das Land kann eigenverantwortlich die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent auf 4,5 Prozent anheben, einen Wassercent einführen sowie Betriebsprüfungen und Steuerfahndung intensivieren.

Weitere Informationen und Kontakt:

<http://gruenlink.de/2gb>

BIBLIS-ABSCHALTPARTY – ÜBER 30 JAHRE ARBEIT HABEN SICH GELOHNT

Am 7. November haben wir eine Biblis-Abschaltparty in Wiesbaden gefeiert. Es waren neben vielen Weggefährten aus 30 Jahren auch die Bundesvorsitzende Claudia Roth und der ehemalige Umweltstaatssekretär in Hessen und im Bund Rainer Baake zu Gast.



Fotos: Helmut Seuffert, Frankfurt

Bilder und Videos auch auf gruene-hessen.de und im Kanal GRÜNE Hessen ([youtube.com](https://www.youtube.com))



NEONAZI-TERROR: AUFKLÄRUNG UND PRÄVENTION

Wir sind betroffen und beschämt, wenn wir hören, dass es Deutschland rechts-extremistischen Terrorismus gibt. Wir gedenken der Toten und trauern mit den Angehörigen. Sie haben Menschen verloren und mussten jahrelang mit der Ungewissheit leben, wer für diese Taten verantwortlich ist und warum die Täter das getan haben. Es war ein richtiges Zeichen, dass wir diese Taten im Landtag fraktionsübergreifend verurteilt haben und den Angehörigen unser Beileid ausgesprochen haben. Es muss immer deutlich sein: Für Nazis gibt es bei uns keinen Platz.

NICHT ZUM ALLTAG ÜBERGEHEN

Was jetzt nicht geschehen darf, ist, dass es nach diesen Taten bei einem kurzen Aufschrei bleibt und dann alle wieder zum Alltag übergehen. Es muss alles getan werden, damit

die Neonazi-Morde aufgeklärt werden. Dazu müssen Bundes- und Landesbehörden jetzt zusammenarbeiten, unabhängig davon, welche etwaigen Fehler oder Versäumnisse bei ihnen aufgedeckt werden könnten. Die staatlichen Organe haben eklatante Fehler gemacht, das ist sicher.

VERFASSUNGSSCHUTZ UNTER DIE LUPE NEHMEN

Zur Aufklärung dieser Fehler gehört natürlich auch, dass die Bundesanwaltschaft die Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes bewertet. Wir unterstützen diese Ermittlungen und erwarten das gleiche auch von der Landesregierung. Jedes andere Verhalten wirft die Frage

auf, ob hessische Behörden etwas zu verbergen haben.

PRÄVENTION STÄRKEN

Ein weiterer Punkt neben der Aufklärung der rechtsextremistischen Mordserie, ist die Extremismusprävention, die in Hessen weiter ausgebaut werden muss – das fordern wir GRÜNE schon seit Jahren. Wir hoffen, dass uns Schwarz-Gelb dieses Mal bei diesem Anliegen folgt und wir mit einer breiten Mehrheit die Mittel für Extremismusprävention im Haushalt deutlich aufstocken können. Es gibt in Hessen bereits viele gute Projekte aber wir müssen noch früher ansetzen und dafür sorgen, dass junge Menschen in Hessen gar nicht erst in die rechte Ecke abdriften.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2h7>



KURZ NOTIERT

VERGABERECHT

Angesichts der Vielzahl an rechtswidrigen Vergaben im Verantwortungsbereich der Landesregierung haben wir im Rahmen einer Veranstaltung am 31. Oktober „Vergaberecht – Fair und transparent“ mit Expertinnen und Experten diskutiert, wie ein faires und transparentes Vergaberecht aussehen kann. Die komplizierte Materie wurde kontrovers diskutiert und wir konnten viele Informationen und Anregungen für die künftige Arbeit in diesem Bereich mitnehmen. Wir bleiben an dem Thema dran.

FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Bei einer weiteren Veranstaltung haben wir, anlässlich von 60 Jahren Genfer Flüchtlingskonvention, in einem öffentlichen Fachgespräch in Frankfurt am Main mit ausgewiesenen Experten die arabischen Umbrüche politisch analysiert und über die Frage diskutiert, welche Herausforderungen auf die europäische, Bundes- und Landesebene im Sinne einer verantwortungsbewussten Flüchtlingschutzpolitik zukommen werden. Mit dabei war unter anderem auch Tom Ko-

enigs (GRÜNE, MdB aus Hessen), der insbesondere auf die Problematik des Flüchtlingssschutzes in Südeuropa einging.

KINO DIGITAL

Zurzeit stehen alle hessischen Kinos vor der Herausforderung, von der analogen Filmvorführttechnik auf digitale Technik umstellen zu müssen. Sie sind dazu gezwungen, weil sie sonst keine neuen Filme mehr von den Verleihern angeboten bekommen. Die Kosten sind gerade für die kleineren Programmkinos trotz der Förderprogramme kaum zu leisten. Zudem gibt es zahlreiche offene Fragen: Wie lange hält die neue Technik und wann muss wieder aufgerüstet werden? Ist ein neues Konzept nötig, um ein Kino am Leben zu erhalten? Diese und weitere Fragen haben wir mit hessischen Kinobetreibern, dem Film- und Kinobüro Hessen und dem Verband der Filmverleiher bei einer Diskussionsveranstaltung diskutiert.

PERSONALIEN

Leider hat uns unsere langjährige Referentin für die Bereiche Umwelt, Verbraucherschutz, ländlicher Raum und Gentechnik,

Andrea Werner in Richtung Umweltministerium in Mainz verlassen. Ihre Nachfolge hat am 1. Oktober Anke Pavlicek angetreten. Unsere Mitarbeiterin Tamina Schilling ist vom Bereich Sachbearbeitung zum Vorstandsreferat gewechselt und damit die Nachfolge von Walter Stern angetreten, der ebenfalls in die Rheinland-Plälzische Landeshauptstadt gewechselt ist. Ihre Nachfolge hat Hila Hossain angetreten. Allen neuen und alten Mitarbeitern wünschen wir viel Freude und Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner - Parl. Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: Dezember 2011